



Atomfreies 3-Ländereck e.V. • Postfach 1123 • 37675 Beverungen

**ATOMFREIES
3-LÄNDERECK
e.V.**

Postfach 1123
37675 Beverungen
info@atomfreies-dle.de

PM 2022-10-05

Gehaltvolle Podiumsdiskussion in Lauenförde zum ZBL/LoK,
Kontaktaufnahme zum „Nationalen Begleitgremium“ durch die Bürgerinitiative

Am 29.09.22 fand die interessante und wichtige Podiumsdiskussion zum geplanten Atommüll-Lager Würgassen im stark betroffenen niedersächsischen Nachbarort Lauenförde statt. In der zweistündigen Veranstaltung stellten sich Sabine Tippelt (SPD), Christian Meyer (Grüne), Uwe Schünemann (CDU) und Hermann Grupe (FDP) vor der anstehenden Landtagswahl in Niedersachsen den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Im Fazit erklärten überparteilich alle anwesenden Politiker die Ablehnung der Atommüllplanungen am ungeeigneten Standort Würgassen und bekräftigten Ihre Haltung, sich auch im weiteren Fortgang des Entscheidungsprozesses für eine sinnvolle Lösungsalternative einzusetzen.

Interessiert wurde von allen Anwesenden zur Kenntnis genommen, dass sich das Nationale Begleitgremium (NBG), welches die Standortsuche für die Endlagerung hochradioaktiver Stoffe im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung begleitet, nun auch der Thematik um das Bereitstellungslager Würgassen annimmt. Das NBG hatte das zentrale Bereitstellungslager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle bereits im Oktober 2019 in der Veröffentlichung „Unsere Begleitung des Standortauswahlverfahrens“ als prominentes Thema im gesamten kerntechnischen Entsorgungspfad benannt. Um sich bezüglich der damit verbundenen Fragen der Transportlogistik und Standortbestimmung mit der BGZ und allen an diesem Thema Interessierten auszutauschen, wollte das NBG zum fortlaufenden Dialog einladen. Ein Unterfangen durch welches man darauf achten wollte, dass die BGZ den Prozess offen und transparent gestaltet.

Die Bürgerinitiative „Atomfreies 3-Ländereck e.V.“ thematisierte diese Ankündigung im Rahmen einer NBG Online-Informationsplattform zum Thema „Kommunale Beteiligung“. Deutlich wurde das intransparente und gegenüber der Öffentlichkeit wenig feinfühliges Vorgehen der BGZ im Fall Würgassen dargelegt. Im Ergebnis kann die BI für sich verbuchen dass der ehemalige Ministerpräsident



von Bayern, Günther Beckstein, das Bereitstellungslager Würgassen im Rahmen seiner NBG Tätigkeit betrachten wird. Die Zusage über mögliche Folgeaktivitäten seitens des NBG informiert zu werden ist dabei ein weiterer wichtiger Schritt der erfolgreichen Arbeit der Bürgerinitiative.

Dirk Wilhelm

Vorsitzender
Atomfreies 3-Ländereck e.V.

Postfach 1123
37675 Beverungen

email: d.wilhelm@atomfreies-dle.de

web: www.atomfreies-dle.de

facebook: <https://m.facebook.com/Atomfreies-Dreil%C3%A4ndereck-108688447557130/>

Hintergrund: Die BGZ möchte ab 2023 durch den Bau einer 325mx125m großen Halle (das entspricht der Größe von drei Fußballstadien) die vorwiegend touristisch geprägte Weserberglandregion zur bundesweit einzigen Atommülldeponie aller schwach- und mittelradioaktiven Abfälle Deutschlands machen. Ab 2027 sollen nach dem Willen des BMU und der BGZ über 300.000m³ Atomschrott für 30 Jahre zur Belieferung des Endlagers Konrad bei Salzgitter am Standort Würgassen, fernab überregionaler Verkehrsanbindungen, umgeschlagen werden. Die Standortentscheidung erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter vielfacher Missachtung der Vorgaben der Entsorgungskommission des Bundes. Sowohl die zu erwartenden Betriebskosten, als auch Kriterien der optimalen Transportsicherheit und des Strahlenschutzes fanden bei der Standortauswahl keinerlei Berücksichtigung. Ein durch den TÜV Nord ausgearbeitetes Gutachten im Auftrag der Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bescheinigt, dass eine solche Einrichtung für die Belieferung des Endlagers nicht notwendig ist, keinen signifikanten Zeitvorteil bei der Endlagerung erbringt und der Betrieb mit einer höheren Strahlenbelastung für Personal und Anwohner, sowie höheren Unfallrisiken einhergehen würde. Die Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck e.V. stellt sich dem Vorhaben des BMUV und der BGZ entgegen und setzt sich für eine bestmögliche, sichere, ökologisch verträgliche und zugleich kosteneffiziente Entsorgung der atomaren Hinterlassenschaften, vor allem der vier Energiekonzerne Deutschlands als Hauptverursacher, ein. Weitere Informationen unter: www.atomfreies-dle.de